



Magdeburg, den 05.11.2014
00-00-45 he

N i e d e r s c h r i f t

**über die 49. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt
am Montag, dem 03. November 2014, 10:00 Uhr, im Katharinasaal der Stadthalle
Zerbst/Anhalt, Gartenstraße, 39261 Zerbst/Anhalt**

Beginn: 10:07 Uhr

Ende: 11:47 Uhr

Anwesend sind:

- 19 Vertreter aus 10 Kreisverbänden
- die Oberbürgermeister der Kreisfreien Städte Dessau-Roßlau, Halle (Saale) und Magdeburg
- 6 weitere Präsidiumsmitglieder und stellvertretende Präsidiumsmitglieder

Es fehlen:

Vertreter des Kreisverbandes Harz

Anmerkung:

Die Anwesenheitsliste ist Bestandteil der Original-Sitzungsniederschrift.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Genehmigung der Niederschrift über die 48. Kreisvorstandskonferenz am 23. Juni 2014 in Staßfurt
3. Feststellung des Verbandshaushaltes einschließlich Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015
4. Wahl der Mitglieder des Präsidiums
5. Wahl der stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums

6. Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten
 - 6.1 Präsident/in
 - 6.2 Erste/r Vizepräsident/in
 - 6.3 Vizepräsident/in
 - 6.4 Vizepräsident/in
7. Aktuelle Themen der Verbandsarbeit
8. Anfragen und Anregungen

Zu TOP 1 - Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Präsident Eichler begrüßt die Delegierten der Kreisverbände, die Oberbürgermeister der Kreisfreien Städte sowie die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums zur 49. Kreisvorstandskonferenz.

Herr Eichler führt aus, dass die Kreisvorstandskonferenz heute erstmals nach der Neuwahl der 11 Kreisvorstände zusammentrete. Er dankt den neu gewählten Kreisvorständen für ihre Bereitschaft, sich innerhalb des Städte- und Gemeindebundes ehrenamtlich in der Verbandsarbeit vor Ort zu engagieren. Dabei stellt er als Schwerpunkte der Tätigkeit der Kreisverbände heraus, die besonderen Anliegen und Bedürfnisse der Verbandsmitglieder im jeweiligen Landkreis aufzunehmen, den Erfahrungsaustausch der Verbandsmitglieder im Kreisverband zu pflegen, den Interessenausgleich mit dem Landkreis zu suchen sowie die Belange des Kreisverbandes in der Kreisvorstandskonferenz wahrnehmen.

Herr Präsident Eichler stellt fest, dass die Kreisvorstandskonferenz beschlussfähig ist, da zur Konferenz mit Schreiben vom 15.09.2014 gemäß § 13 Abs. 1 der Verbandssatzung fristgerecht und damit ordnungsgemäß eingeladen wurde. Er informiert, dass der Vorbericht zur heutigen Sitzung am 23.10.2014 versandt wurde. Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung seien in der Landesgeschäftsstelle nicht eingegangen. Damit ist die mit der Einladung bekannt gegebene Tagesordnung bestätigt.

Zu TOP 2 - Feststellung der Genehmigung der Niederschrift über die 48. Kreisvorstandskonferenz am 23. Juni 2014 in Staßfurt

Herr Präsident Eichler erläutert, dass nach § 13 Abs. 4 der Verbandssatzung die Niederschrift der Kreisvorstandskonferenz als genehmigt gilt, wenn nicht ein Viertel der Mitglieder innerhalb von 4 Wochen nach Zugang Einspruch erhebt. Die Niederschrift über die 48. Kreisvorstandskonferenz am 23.06.2014 in Staßfurt wurde als Anlage zur Doppel-Ausgabe 08/09/2014 der Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalt vom 09.09.2014 versandt. Gegen die Niederschrift wurden keine Einwände erhoben; Änderungs- und Ergänzungswünsche wurden ebenfalls nicht vorgetragen.

Die Kreisvorstandskonferenz fasst folgenden Beschluss:

Die Kreisvorstandskonferenz stellt fest, dass die Niederschrift über die 48. Sitzung am 23.06.2014 in Staßfurt als genehmigt gilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu TOP 3 - Feststellung des Verbandshaushaltes einschließlich Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015

Herr Präsident Eichler verweist auf den Vorbericht zu diesem Tagesordnungspunkt, in dem umfangreiche Erläuterungen zu dem vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes mit Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 gegeben wurden. Er führt aus, dass im Haushaltsjahr 2015 u.a. Ausgaben zur Finanzierung der erforderlichen Erneuerung der EDV-Anlage der Landesgeschäftsstelle und für erforderliche Sanierungs- und Unterhaltungsarbeiten am Verbandsgelände vorgesehen seien. Im Stellenplan 2015 reduziere sich die Zahl der Planstellen von 16 auf 15 aufgrund des Wegfalls einer Planstelle.

Herr Eichler stellt fest, dass infolge der demografischen Entwicklung einerseits die Beitragseinnahmen kontinuierlich zurückgehen und es andererseits steigende Kosten - insbesondere Personalkosten - gebe. Daher werde für das Haushaltsjahr 2016 eine Anhebung der einwohnerbezogenen Mitgliedsbeiträge für die Kreisfreien Städte, die Einheitsgemeinden und die Verbandsgemeinden zu prüfen sein.

Nach Vorberatung durch den Haushalts- und Finanzausschuss des Verbandes habe das Präsidium in seiner 161. Sitzung am 20.10.2014 einstimmig beschlossen, der 49. Kreisvorstandskonferenz die Feststellung des Haushaltsplanes mit Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 gemäß § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung in der dem Vorbericht beigefügten Fassung zu empfehlen.

Präsident Eichler fragt die Mitglieder der Kreisvorstandskonferenz, ob weitere Ausführungen von Herr Landesgeschäftsführer Leindecker zum Entwurf des Haushaltsplanes einschließlich Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 gewünscht sind. Dies ist nicht der Fall.

Die Kreisvorstandskonferenz fasst folgenden Beschluss:

Der Verbandshaushalt mit Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 wird gemäß § 7 Abs. 2 der Verbandssatzung in der dem Vorbericht für die 49. Kreisvorstandskonferenz beigefügten Fassung festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Zu TOP 4 - Wahl der Mitglieder des Präsidiums

Herr Präsident Eichler dankt den Mitglieder und stellvertretenden Mitgliedern des ausscheidenden Präsidiums für ihre geleistete Arbeit. Seit seiner Wahl in der 38. Kreisvorstandskonferenz am 23.11.2009 bis heute haben 28 Präsidiumssitzungen stattgefunden, in denen 359 Tagesordnungspunkte behandelt wurden. Schwerpunkte der Tätigkeit seien neben der Erarbeitung von Grundsatzpapieren (z.B. Städte und Gemeinden 2025, Leitbild für eine nachhaltige Kommunalpolitik, Erwartungen an Landtag und Landesregierung zu Beginn der 5. Wahlperiode) vor allem die Strukturreform des Finanzausgleichs und die nicht aufgabengerechte Finanzausstattung durch die jährlichen Finanzausgleichsgesetze sowie die zum 01.07.2014 in Kraft getretene neue Kommunalverfassung gewesen. Im Ergebnis habe das Präsidium in einer Vielzahl von Fällen die Verbandsstellungennahmen zu Gesetzesvorhaben beschlossen.

Herr Eichler gibt bekannt, dass er die Wahlen nicht leiten könne, da er selbst wieder als Mitglied des Präsidiums kandidiere. Nach Abstimmung im Vorfeld zur heutigen Kreisvorstandskonferenz habe sich Herr Oberbürgermeister Poschmann, Kreisverband Mansfeld-Südharz, bereit erklärt, das Amt des Wahlleiters für die Wahlen zum Präsidium auszuüben.

Die Kreisvorstandskonferenz folgt diesem Vorschlag und bestimmt **einstimmig** Herrn Oberbürgermeister Poschmann, Kreisverband Mansfeld-Südharz, zum Leiter der Wahlen zum Präsidium.

Herr Poschmann übernimmt die Versammlungsleitung und verweist auf die Ausführungen im Vorbericht. Das amtierende Präsidium habe den Vorschlag unterbreitet, die Wahlen wiederum getrennt nach Mitgliedergruppen unter Beachtung der Einwohnergrößenklassen und der regionalen Verteilung vorzunehmen.

Die Kreisvorstandskonferenz beschließt **einstimmig**:

1. Die Wahlen zum Präsidium werden in getrennten Wahlgängen für

1.1 Kreisfreie Städte	3 Sitze
1.2 Städte von 20.000 bis 60.000 Einwohner	3 Sitze
1.3 Städte und Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohner	3 Sitze
1.4 Städte und Gemeinden bis 10.000 Einwohner	3 Sitze
1.5 Verbandsgemeinden	2 Sitze

durchgeführt.

Vor Eintritt in die Wahlgänge weist Herr Poschmann auf die zu beachtenden Wahlregelungen nach der Verbandssatzung hin.

Die Wahlen werden offen durchgeführt.

Der Wahlleiter verliest jeweils die Wahlvorschläge des Präsidiums, die im Vorbericht zur heutigen Sitzung niedergelegt und per Beamer an die Leinwand projiziert werden.

1. Wahlgang (Kreisfreie Städte)

Herr Oberbürgermeister Poschmann stellt ergänzend fest, dass weitere Wahlvorschläge in dieser Mitgliedergruppe nicht möglich sind.

Zu Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- **Herr Oberbürgermeister Peter Kuras, Stadt Dessau-Roßlau**
- **Herr Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg**
- **Herr Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, Stadt Halle (Saale)**

Herr Oberbürgermeister Kuras, Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper sowie Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand nehmen die Wahl an.

2. Wahlgang (Städte von 20.000 bis 60.000 Einwohner)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Bürgermeister Norbert Eichler, Stadt Haldensleben***
- ***Herr Oberbürgermeister Dr. Eberhard Brecht, Stadt Quedlinburg***
- ***Herr Oberbürgermeister Kurt-Jürgen Zander, Stadt Köthen/Anhalt***

Herr Bürgermeister Eichler, Herr Oberbürgermeister Dr. Brecht und Herr Oberbürgermeister Zander nehmen die Wahl an.

3. Wahlgang (Städte und Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohner)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Bürgermeister Dr. Rudolf Opitz, Stadt Tangermünde***
- ***Herr Bürgermeister Dietmar Brettscheider, Stadt Jessen (Elster)***
- ***Herr Bürgermeister Olaf Heinrich, Stadt Landsberg***

Herr Bürgermeister Brettschneider nimmt die Wahl an. Herr Bürgermeister Dr. Opitz sowie Herr Bürgermeister Heinrich haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

4. Wahlgang (Städte und Gemeinden bis 10.000 Einwohner)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Bürgermeister Heinrich Schmauch, Gemeinde Beetzendorf***
- ***Herr Bürgermeister Denis Loeffke, Stadt Ilsenburg (Harz)***
- ***Herr Bürgermeister Rainer Sempert, Stadt Könnern***

Herr Bürgermeister Sempert nimmt die Wahl an. Herr Bürgermeister Schmauch und Herr Bürgermeister Loeffke haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

5. Wahlgang (Verbandsgemeinden)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Ines Becker,
Verbandsgemeinde Westliche Börde***
- ***Herr Verbandsgemeindebürgermeister Bernd Skrypek,
Verbandsgemeinde Mansfelder Grund-Helbra***

Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Becker nimmt die Wahl an. Herr Verbandsgemeindebürgermeister Skrypek hat im Vorfeld sein Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

Zu TOP 5 - Wahl der stellvertretenden Mitglieder des Präsidiums

Die Wahl der stellvertretenden Präsidiumsmitglieder wird ebenfalls durch den von der Kreisvorstandskonferenz bestimmten Wahlleiter, Herrn Poschmann, durchgeführt.

Herr Oberbürgermeister Poschmann informiert, dass das Präsidium vorgeschlagen habe, das Wahlverfahren entsprechend der Wahl der Präsidiumsmitglieder mit der bereits beschlossenen Sitzverteilung und den danach durchzuführenden getrennten Wahlgängen für Kreisfreie Städte (3 Sitze), Städte von 20.000 bis 60.000 Einwohner (3 Sitze), Städte und Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohner (3 Sitze), Städte und Gemeinden bis 10.000 Einwohner (3 Sitze) sowie Verbandsgemeinden (2 Sitze) durchzuführen.

Damit ist die Kreisvorstandskonferenz einverstanden.

Die Wahlen werden offen durchgeführt.

Der Wahlleiter verliest jeweils die Wahlvorschläge des Präsidiums, die im Vorbericht zur heutigen Sitzung niedergelegt und per Beamer an die Leinwand projiziert werden.

1. Wahlgang (Kreisfreie Städte)

Herr Oberbürgermeister Poschmann stellt fest, dass weitere Wahlvorschläge in dieser Mitgliedergruppe nicht möglich sind.

Zu stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Frau Bürgermeisterin Sabrina Nußbeck, Stadt Dessau-Roßlau
(für Herrn Oberbürgermeister Peter Kuras)***
- ***Herr Bürgermeister Klaus Zimmermann, Landeshauptstadt Magdeburg
(für Herrn Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper)***

- ***Herr Bürgermeister Egbert Geier, Stadt Halle (Saale)***
(für Herrn Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand)

Frau Bürgermeisterin Nußbeck, Herr Bürgermeister Zimmermann sowie Herr Bürgermeister Geier haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

2. Wahlgang (Städte von 20.000 bis 60.000 Einwohner)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Oberbürgermeister René Zok, Stadt Staßfurt***
(für Herrn Bürgermeister Norbert Eichler)
- ***Frau Oberbürgermeisterin Petra Wust, Stadt Bitterfeld-Wolfen***
(für Herrn Oberbürgermeister Dr. Eberhard Brecht)
- ***Herr Oberbürgermeister Bernward Küper, Stadt Naumburg/Saale***
(für Herrn Oberbürgermeister Kurt-Jürgen Zander)

Herr Oberbürgermeister Zok, Frau Oberbürgermeisterin Wust sowie Herr Oberbürgermeister Küper haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

3. Wahlgang (Städte und Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohner)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Bürgermeister Matthias Mann, Stadt Klötze***
(für Herrn Bürgermeister Dr. Rudolf Opitz)
- ***Herr Bürgermeister Frank von Holly, Stadt Möckern***
(für Herrn Bürgermeister Dietmar Brettschneider)
- ***Herr Bürgermeister Ralf Rettig, Gemeinde Südharz***
(für Herrn Bürgermeister Olaf Heinrich)

Herr Bürgermeister Mann, Herr Bürgermeister von Holly sowie Herr Bürgermeister Rettig haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

4. Wahlgang (Städte und Gemeinden bis 10.000 Einwohner)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Bürgermeister Bernd Poloski, Hansestadt Havelberg
(für Herrn Bürgermeister Heinrich Schmauch)***
- ***Herr Bürgermeister Peter Müller, Stadt Zahna-Elster
(für Herrn Bürgermeister Denis Loeffke)***
- ***Herr Bürgermeister Dirk Könnecke, Stadt Lützen
(für Herrn Bürgermeister Rainer Sempert)***

Herr Bürgermeister Poloski, Herr Bürgermeister Müller sowie Herr Bürgermeister Könnecke haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

5. Wahlgang (Verbandsgemeinden)

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge.

Zu stellvertretenden Präsidiumsmitgliedern werden **einstimmig** gewählt:

- ***Herr Verbandsgemeindebürgermeister Michael Stöhr, Verbandsgemeinde Egelner Mulde
(für Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Ines Becker)***
- ***Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Kerstin Beckmann, Verbandsgemeinde Wethautal
(für Herrn Verbandsgemeindebürgermeister Bernd Skrypek)***

Herr Verbandsgemeindebürgermeister Stöhr und Frau Verbandsgemeindebürgermeisterin Beckmann haben im Vorfeld ihr Einverständnis zur Annahme des Amtes im Falle der Wahl erklärt.

Der Wahlleiter gibt bekannt, dass die Sitzung an dieser Stelle unterbrochen wird, damit das Präsidium einen eigenen Wahlvorschlag für die Besetzung der Präsidentenämter erarbeiten kann.

Nach einer Unterbrechung von fünf Minuten wird die Sitzung fortgesetzt.

Zu TOP 6 - Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten

6.1 Präsident/in

6.2 Erste/r Vizepräsident/in

6.3 Vizepräsident/in

6.4 Vizepräsident/in

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker führt in den Tagesordnungspunkt ein und gibt bekannt, dass die Versammlungsleitung gemäß § 14 Abs. 5 von dem ältesten dazu bereiten Ver-

treter eines Mitglieds der Kreisvorstandskonferenz zu übernehmen sei. Herr Bürgermeister Rolf Sonnenberger, Kreisverband Anhalt-Bitterfeld, sei das heute anwesende älteste Mitglied der Kreisvorstandskonferenz und bereit, die Wahlen zu den Verbandsämtern zu leiten.

Herr Bürgermeister Sonnenberger übernimmt die Versammlungsleitung und gibt folgende, vom Präsidium erarbeiteten Vorschläge für die Ämter des Präsidenten und der Vizepräsidenten, bekannt:

- Präsident: Herr Bürgermeister Norbert Eichler, Stadt Haldensleben
- Erster Vizepräsident: Herr Oberbürgermeister Dr. Eberhard Brecht, Stadt Quedlinburg
- Vizepräsident: Herr Bürgermeister Dietmar Brettschneider, Stadt Jessen (Elster)
- Vizepräsident: Herr Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg

Auf Nachfrage werden weitere Wahlvorschläge durch Mitglieder der Kreisvorstandskonferenz nicht gemacht.

1. Wahlgang (Präsident)

Zum Präsidenten wird **einstimmig** bei zwei Enthaltungen Herr Bürgermeister Norbert Eichler, Stadt Haldensleben, gewählt.

Herr Eichler nimmt die Wahl an.

2. Wahlgang (Erster Vizepräsident)

Zum Ersten Vizepräsidenten wird **einstimmig** bei zwei Enthaltungen Herr Oberbürgermeister Dr. Eberhard Brecht, Stadt Quedlinburg, gewählt.

Herr Dr. Brecht nimmt die Wahl an und bedankt sich für das Vertrauen.

3. Wahlgang (Vizepräsident)

Zum Vizepräsidenten wird **einstimmig** bei einer Enthaltung Herr Bürgermeister Dietmar Brettschneider, Stadt Jessen (Elster), gewählt.

Herr Brettschneider nimmt die Wahl an.

4. Wahlgang (Vizepräsident)

Zum Vizepräsidenten wird **einstimmig** bei zwei Enthaltungen Herr Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg, gewählt.

Herr Dr. Trümper nimmt die Wahl an.

Herr Präsident Eichler übernimmt wieder die Sitzungsleitung und dankt an dieser Stelle für das ausgesprochene Vertrauen. Er betont, die kommunale Selbstverwaltung sei seit 1995 eine Herzensangelegenheit für ihn. Insbesondere die nächsten Wochen würden aufgrund der Diskussionen um das Finanzthema sehr arbeitsintensiv.

Zu TOP 7 - Aktuelle Themen der Verbandsarbeit

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker erklärt, dass der Rechenschaftsbericht der Landesgeschäftsstelle über das Jahr 2014 mit dem Inhaltsverzeichnis der Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalt zu Beginn des Jahres 2015 versandt werde.

Er weist auf die Resolution zum kommunalen Finanzausgleich 2015/2016 hin, die in der sich an die Kreisvorstandskonferenz anschließenden 13. Mitgliederversammlung beschlossen werden soll. Den Mitgliedern sei per E-Mail-Rundschreiben am 29.10.2014 der Entwurf der Resolution sowie umfangreiches Faktenmaterial zur Verfügung gestellt worden.

Des Weiteren gibt Herr Leindecker bekannt, dass am 05.11.2014 eine Anhörung zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vor dem Finanzausschuss des Landtages stattfinde. Die Landesgeschäftsstelle habe die zu dieser Anhörung eingeladenen Bürgermeister/innen zu einer Vorbesprechung in die Landesgeschäftsstelle eingeladen. Zurzeit erarbeite die Landesgeschäftsstelle gemeinsam mit dem Landkreistag die Stellungnahme zum Gesetzentwurf. Den Bürgern müsse deutlich gemacht werden, dass das Finanzausgleichsgesetz Grundlage der Finanzen des Gemeinwesens seien und die Bürger die Auswirkungen der Kürzungen zu tragen hätten. Dies müsse auch den Abgeordneten deutlich gemacht werden.

Herr Leindecker berichtet über den Stand der für den 14.11.2014 auf dem Domplatz in Magdeburg avisierten Protestkundgebung gegen die geplanten Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich, zu deren Teilnahme die Mitglieder per E-Mail-Rundschreiben am 24.10.2014 aufgerufen wurden. Zwischenzeitlich habe Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff dem SGSA ein Gespräch über die Kommunalfinanzen angeboten. Zurzeit gebe es Überlegungen, das Gesprächsangebot des Ministerpräsidenten anzunehmen und eventuell die Demonstration zu verschieben, da das Gesetz erst im Dezember im Landtag beschlossen werde. Die Verbandsmitglieder würden über den Stand dieser Überlegungen mit einem E-Mail-Rundschreiben kurzfristig informiert.

Der Landesgeschäftsführer informiert über den Abbruch eines Nachbarhauses der Landesgeschäftsstelle in der Sternstraße in Magdeburg. Es wurde festgestellt, dass es für beide Häuser nur eine Giebelwand gegeben habe. Diese müsse nunmehr ertüchtigt werden, damit sie u.a. den jetzt ausgesetzten Witterungsbedingungen standhalte. Das wäre eine Verpflichtung der Eigentümer des Abrisshauses. Diese Fragen kläre der Verband mit den Eigentümern des Nachbargrundstückes nunmehr über einen Rechtsanwalt. Der SGSA plane eine Initiative mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, die die Besitzer der Abrisshäuser verpflichte, vor dem Abbruch eine Sicherheit zu hinterlegen.

Herr Leindecker berichtet über den Sachstand bei dem Musterprozess über die Forderung von Strafzinsen für die nicht rechtzeitige Verwendung von Städtebaufördermittel für das Haushaltsjahr 2007. Das Landesverwaltungsamt sei nunmehr in Berufung gegangen.

Abschließend dankt Herr Leindecker den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle für die gute Arbeit und hebt die Bedeutung der Kommunalnachrichten Sachsen-Anhalt als Spiegel der Tätigkeit der Landesgeschäftsstelle hervor.

Im Anschluss entwickelt sich eine Aussprache zur geplanten FAG-Resolution und zur geplanten Protestkundgebung am 14.11.2014.

Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg, gibt zu bedenken, dass ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zur Situation der Kommunalfinanzen allein nicht ausreiche. Zumindest sollten die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen CDU und SPD ebenfalls an dem Gespräch teilnehmen. Des Weiteren sollte das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten vor der abschließenden Sitzung des Finanzausschusses des Landtages stattfinden. Nach dieser Sitzung sehe er keine Chancen mehr, dass Änderungen im Gesetzentwurf vorgenommen würden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Hagenau, Kreisverband Saalekreis, findet die Aussagen in der zu beschließenden Resolution zum kommunalen Finanzausgleich 2015/2016 zu schwach. Im Entwurf fehle auch ein Hinweis auf die Situation der so genannten „reichen“ Gemeinden, die durch die Umlage an das Land an den Bettelstab gebracht würden. Ebenso wären die Landkreise von den Kürzungen betroffen, die ihrerseits dann wieder die Kreisumlage erhöhen würden. Der SGSA sollte in der Resolution das Land konkret auffordern, Verantwortung in die Hand zu nehmen und selbst Personal abzubauen.

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker stellt fest, dass die Resolution ein „politisches Papier“ darstelle und damit ein Zeichen gesetzt werden solle. Von den Kürzungen der kommunalen Finanzen seien alle betroffen.

Herr Präsident Eichler äußert, dass die Resolution strategisch ausgewogen sei. Es stelle nicht auf Verwaltung, sondern auf Leistung für den Bürger ab und die Lebensqualität, die mit den Kürzungen der Finanzen eingeschränkt werden.

Frau Bürgermeisterin Dr. Hagenau bleibt dabei, dass die Resolution um eine Passage ergänzt werden solle, in der das Land zur Wahrnehmung seiner Verantwortung aufgefordert werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Brecht, Stadt Quedlinburg, erklärt, dass das Land nach dem Prinzip verfare, die Kommunen an der Schuldenbremse zu beteiligen. Die bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen stimme nicht mit den Vorstellungen des Landes überein. Er fragt sich, was im Jahr 2019 passiert, wenn der Solidarpakt wegfalle. Herr Dr. Brecht vertritt den Standpunkt dass die Demokratie nicht konterkariert werden dürfe, deshalb sollten die Kommunen ihre Stimme laut erheben.

Herr Bürgermeister Brettschneider, Stadt Jessen (Elster), spricht sich gegen eine Verschiebung der Demonstration aus. Er stellt fest, dass die Entscheidungen der Landtag treffe. Die Abgeordneten sollten wahrnehmen, wie es den Kommunen gehe. Er fragt, woher in der Zukunft das Geld kommen solle. Die Schuldenbremse würde das Land kaputt machen.

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker vertritt den Standpunkt, dass die Zielrichtung in der Resolution abgesteckt ist.

Herr Bürgermeister Sempert, Stadt Könnern, fordert, dass der Verband in seinen Handlungen offensiver werden müsse. Das Land schaffe nur mehr Bürokratie, wie z.B. mit dem Kinderförderungsgesetz.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, Stadt Halle (Saale), ist der Meinung, dass die Aussagen in der Resolution so nicht ausreichen. Es sollten Forderungen zum Abbau der Bürokratie in der Landesverwaltung und eine höhere Finanzausstattung für die Kommunen aufgenommen werden.

Herr Leindecker erklärt, dass in der vorbereiteten Pressemeldung zur Resolution auf den notwendigen Standardabbau hingewiesen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bittet darum, das Votum der Mitglieder der Kreisverbandskonferenz, die Resolution zu ändern, zu beachten.

Herr Präsident Eichler äußert, dass nunmehr eine Lösung gefunden werden müsse, wie die Resolution geändert werden könne, um das Meinungsbild darzustellen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Brecht, Stadt Quedlinburg, wirft die Frage auf, ob es um eine schärfere Tonlage oder einen anderen Inhalt der Resolution gehe. Der geforderte Standardabbau sei in der Pressemitteilung zur Resolution dargestellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand möchte nicht nur allgemeine Floskeln in der Resolution wiederfinden. Der Abbau von Bürokratie sollte eine konkrete Forderung der Resolution sein.

Der Landesgeschäftsführer gibt bekannt, dass vor dem Versand des Entwurfes der Resolution an die Verbandsmitglieder, das Präsidium den Entwurf zur Prüfung erhalten habe. Änderungsvorschläge zum Entwurf der Resolution seien jedoch nur von Herrn Präsident Eichler und Herrn Ersten Vizepräsidenten Dr. Brecht gemacht worden.

Herr Bürgermeister Schulz, Kreisverband Stendal, schlägt vor, die Resolution unverändert zu beschließen. So kurzfristig noch Änderungen einzuarbeiten, halte er für sehr schwierig. Der Entwurf der Resolution sei den Mitgliedern seit Ende der letzten Woche bekannt und Vorschläge zum Inhalt der Resolution hätten der Landesgeschäftsstelle unterbreitet werden können. Die Resolution sollte heute mit einer Stimme verabschiedet werden. Herr Schulz votiert dafür, die Demonstration nicht zu verschieben.

Herr Bürgermeister Sempert, Stadt Könnern, spricht sich ebenfalls dafür aus, die Resolution heute zu verabschieden. Er regt jedoch noch einmal an, dass der SGSA künftig einen schärferen Ton anschlagen solle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper hebt hervor, dass Ziel der Resolution und der Demonstration sei, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern. Es komme darauf an, die Öffentlichkeit für die Situation und Belange der Kommunen zu interessieren und eine entsprechende Wirkung mit der Demonstration zu erzeugen.

Herr Bürgermeister Puschendorf, Kreisverband Burgenlandkreis, spricht als Problem an, dass das Landesverwaltungsamt von den Kommunen unzählige Berichte abfordere. Diese „Beschäftigungstherapie“ schade den Kommunen und würde sie in ihrer Arbeit behindern.

Herr Bürgermeister Klebe, Kreisverband Altmarkkreis Salzwedel, votiert dafür, die Resolution heute zu verabschieden und die Demonstration am 14.11.2014 auf dem Domplatz in Magdeburg wie geplant durchzuführen. Er regt an, die Landesregierung darauf aufmerksam zu machen, dass es zum Beispiel in Niedersachsen kein Landesverwaltungsamt gebe. Die Aufgaben dieser Behörde könnten auf die Landkreise verteilt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärt, dass die Abschaffung des Landesverwaltungsamtes eine Verkürzung der Prozesse bedeuten würde. Landkreise sowie Städte und Gemeinden würden eher in die Prozesse einbezogen, was auch eine Entlastung der Arbeit vor Ort zur Folge hätte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Brecht, Stadt Quedlinburg, erklärt, dass das Präsidium entschieden habe, mit der vorgesehenen Protestkundgebung ein plakatives Zeichen zu setzen, auch um der Landesregierung zu zeigen, dass es den Kommunen reiche und diese sich die vorgesehenen Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich 2015/2016 nicht gefallen lassen werden.

Herr Bürgermeister Sonnenberger, Kreisverband Anhalt-Bitterfeld, fragt, ob die Demonstration am 14.11.2014 stattfindet.

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker äußert, dass der Rücklauf der Anmeldungen zur Demonstration abgewartet werden sollte. Es könne noch nicht abgeschätzt werden, wie die Resonanz bei den Mitgliedern sei. Eventuell sollte die Demonstration verschoben werden, wenn es zu einem zeitnahen Gespräch des Ministerpräsidenten und der Koalitionsfraktionen mit dem SGSA komme. Die Mitglieder des Verbandes würden über ein E-Mail-Rundschreiben entsprechend unterrichtet.

Abschließend empfiehlt die Kreisvorstandskonferenz der nachfolgenden Mitgliederversammlung **einstimmig** bei einer Enthaltung die Resolution zum kommunalen Finanzausgleich 2015/2016 zu beschließen.

Zu TOP 8 – Anfragen und Anregungen

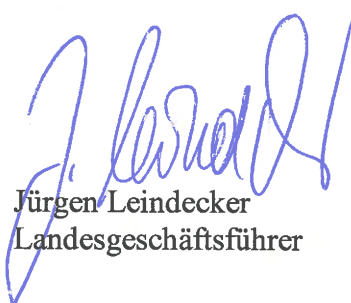
Herr Oberbürgermeister Zander, Stadt Köthen (Anhalt) fragt, ob mit einer Entscheidung des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt zur Kommunalverfassungsbeschwerde zum Kinderförderungsgesetz LSA noch in diesem Jahr zu rechnen ist, da die Gerichtsbarkeit wechselt.

Herr Leindecker erklärt, es gebe Signale vom Landesverfassungsgericht, dass in diesem Jahr mit keiner Entscheidung bei der KiFöG-Klage mehr zu rechnen sei.

Die 49. Kreisvorstandskonferenz endet um 11:47 Uhr.



Norbert Eichler
Präsident



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer



Silvia Herzog
Protokollführerin